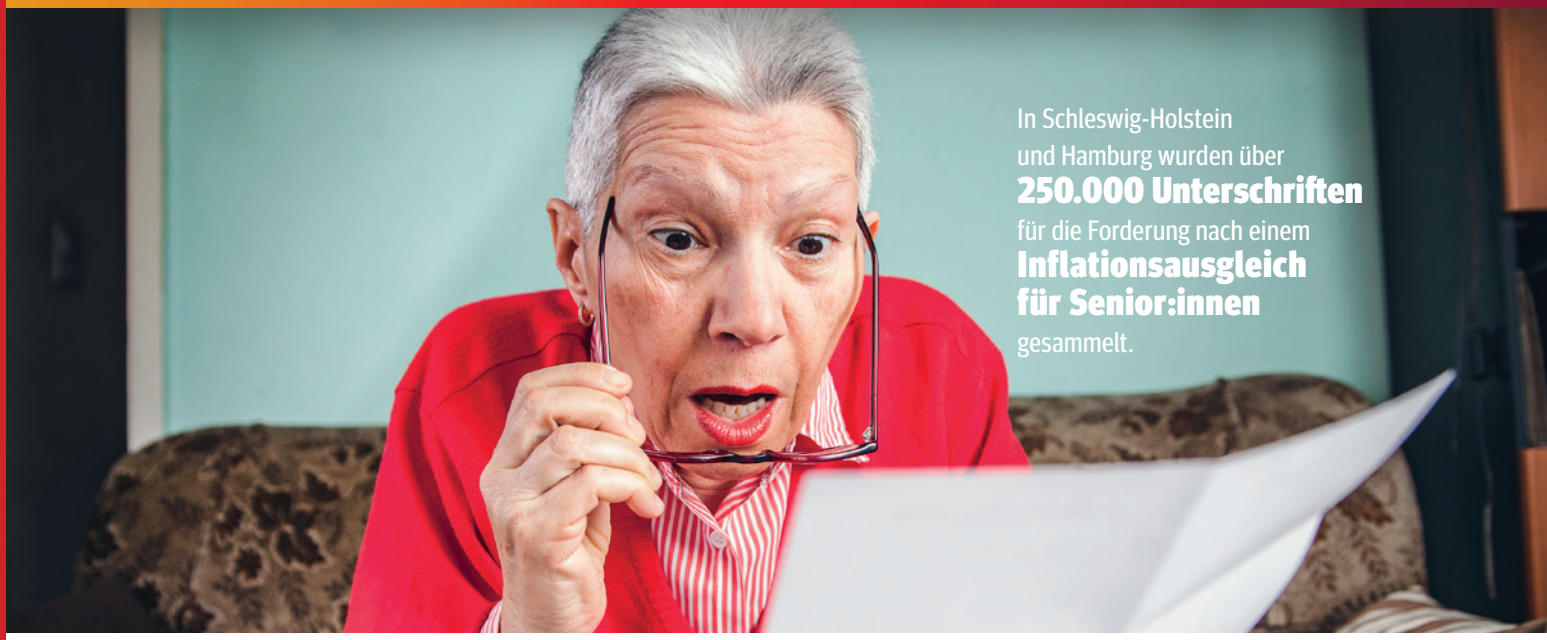
HAMBURG **19.** Jahrgang
#57 Oktober/November 2024

Senioren-Echo

ZEITUNG – NICHT NUR – FÜR SENIOR*INNEN DER IG METALL REGION HAMBURG



In Schleswig-Holstein und Hamburg wurden über **250.000 Unterschriften** für die Forderung nach einem **Inflationsausgleich für Senior:innen** gesammelt.

BÜNDNIS INFLATIONS-AUSGLEICH MACHT DAMPF

Inzwischen ist die Inflationsrate rückläufig. Doch die hohen Inflationsraten der Jahre 2021 bis 2023 wirken nach. Im Jahr 2022 erlangte sie einen Höchstwert von durchschnittlich 6,9 Prozent.

Vergangenes Jahr lag sie mit 5,9 Prozent lediglich einen Punkt niedriger. Dieser kräftige Preisschub, besonders für Energie, Lebensmittel und Wohnungsmieten, wurde von vielen der erzielten Tarifabschlüsse nicht aufgefangen. Es kam häufig zu Reallohnverlust. In vielen Branchen wurde zur Kompensation die Zahlung eines Inflationsausgleichs vereinbart. Aktive und im Ruhestand befindliche Beamt:innen erhielten auch einen solchen Inflationsausgleich. Rentner:innen der gesetzlichen Rentenversicherung erhielten jedoch keinerlei Ausgleich.

Diese gesellschaftliche Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung führte das Bündnis »Inflationsausgleich für Rentner:innen! Jetzt!« zusammen. Die großen Sozialverbände – AWO, SoVD, und VdK – sowie IG Metall Küste und ver.di in Norden sowie eine Vielzahl von Seniorenbeiräten in Schleswig-Holstein und Hamburg sammelten über 250.000 Unterschriften für ihre

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

2 KLATSCHE FÜR DIE BUNDESREGIERUNG
Die Bundesregierung wurde verurteilt, »konkrete Schritte« zu ergreifen, um das Klimaziel zu erreichen.

3 KANN ICH DURCH ARBEIT REICH WERDEN?
Um das Vermögen von Susanne Klatten aufzubauen, müsste ein Bandarbeiter bei BMW etwa 640.000 Jahre arbeiten.

4 MIT ZAMPEL UND KAFFETENG
Die Ausfahrt der IG Metall-Senior:innen begann mit einer Hafenrundfahrt. Ziel war das Hafenmuseum.

6 VERHANDELN IST BESSER ALS SCHIESSEN
Von einer außerparlamentarischen Friedensbewegung ist gegenwärtig nichts zu sehen...

7 MELDUNGEN I DIE ZEIT DRÄNGT
11-Punkte-Programm für ein modernes, innovatives und gerechtes Industrieland

8 MELDUNGEN II
Weil du arm bist, musst du früher sterben • Falsche Prioritäten • Fakten? Wie ungeil.

Forderung nach einen Inflationsausgleich auch für Senior:innen. Mit Demonstrationen und Kundgebungen wurde »Dampf« gemacht. Einen Inflationsausgleich konnte das Bündnis bislang nicht durchsetzten, doch hat sich gezeigt, dass die Politik unsere Aktivitäten aufmerksam verfolgt.

> Mit Demonstrationen und Kundgebungen wurde »Dampf« gemacht. Die Politik verfolgt unsere Aktivitäten aufmerksam.

Ein Katalog des Grauens

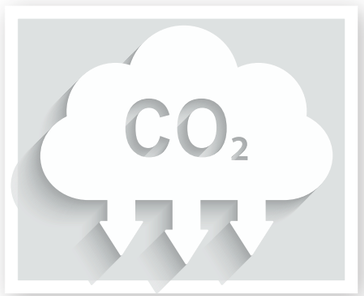
Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, umgangssprachlich die »fünf Wirtschaftsweisen« genannt, haben der Bundesregierung einen Katalog von Maßnahmen zur Reform des Rentensystems vorgelegt der es in sich hat. Fazit des Katalogs: Länger arbeiten bei weniger Rente. So wird u.a. vorgeschlagen. die Mütterrente zu streichen, weil sie »keine positive Lenkungsfunktion für die Wirtschaft« habe. Die mehrheitlich neoliberalen Ökonom:innen sind keine ausgewiesenen Expert:innen für Sozialpolitik.

Rentner:innen sind für sie nur ein Kostenfaktor und behindern die wirtschaftliche Entwicklung. Der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor sorgt dafür, dass die lohnbedingte Rentensteigerung gekürzt wird. 2021 fiel die Rentenerhöhung deshalb 0,92 Prozent geringer aus, als sie nach der Lohnentwicklung hätte sein müssen. Dieser Nachhaltigkeitsfaktor soll verdoppelt werden. Damit wäre die Rentenerhöhung 2021 um 1,84 Prozent geringer ausgefallen. Zukünftig sollen Bestandsrenten nicht mehr an die Lohnentwicklung gekoppelt sein, sondern an die Inflationsrate. Damit würden Produktivitätssteigerungen, die in der Regel zu höheren Lohnabschlüssen führen, nicht mehr berücksichtigt werden. Kurz um: Es ist ein Katalog des Grauens, welchen die »Wirtschaftweisen« vorgelegt haben.

Das Bündnis hat ständig Zulauf

Wenn dort nicht wirksam gegengehalten wird, droht immer mehr Rentner:innen die Perspektive von Tafelgängen und Flaschensammeln. Ständig neuer Zulauf aus der ganzen Republik zu unserem Bündnis macht uns zuversichtlich bei Rentenfragen eine nicht zu überhörendes Wort mitzureden. Das gilt besonders in Hinblick auf die Hamburger Bürgerschaftswahl im März und der Bundestagswahl im nächsten Jahr. ■

Günter Hameister



KLATSCHE FÜR DIE BUNDESREGIERUNG

In einem für den Umweltschutz wichtigem Prozess vor dem Oberverwaltungsgericht Brandenburg am 16. Mai 2024, wurde die Bundesregierung verurteilt, »konkrete Schritte« zu ergreifen, um das selbst gesteckte, gesetzlich festgeschriebene Klimaziel – bis 2030 65 Prozent weniger CO_2-Ausstoß – zu erreichen.

Mit dem vom Bundestag und Bundesrat beschlossenen Gesetz, dass nicht mehr einzelne Bundesministerien für die Einhaltung des Gesetzes zuständig sind, wird gegen das Klimaschutzgesetz verstoßen. In einem Gutachten hatte der regierungseigene Expertenrat geschrieben, dass durch die geplante Änderung das Ziel des Gesetzes hierdurch um zirka 200 Millionen Tonnen CO_2 verfehlt wird.

Sollte der Bundespräsident die Änderung des Gesetzes in Kenntnis dieses Urteils unterschreiben, wird die Deutsche Umwelthilfe das Bundesverfassungsgericht anrufen. Eine Frage bleibt: Was kann die Zivilgesellschaft tun, um die Regierungen von Bund und Bundesländern dazu zwingen zu bringen, gültige Gesetze einzuhalten? Die Aktionen der »Letzten Generation« sind wohl nicht immer gesetzeskonform, aber ihr Anliegen wird durch dieses Urteil für mein Verständnis deutlich gestärkt. ■

Heinrich Dannenberg

Kann ich durch Arbeit reich werden?

Die BMW-Erbin Susanne Klatten besitzt 20 Prozent der BMW AG und ist mit einem Vermögen von 27,4 Milliarden US-Dollar die reichste Frau Deutschlands. Ihr Bruder Stefan Quandt besitzt 25 Prozent der BMW-Aktien. In einem Interview für das »Manager Magazin« klagte das Geschwisterpaar 2019 (»Wer würde denn mit uns tauschen wollen?«) über das Misstrauen, das ihnen als Reichen entgegengebracht werde.

Dabei »arbeiteten« sie jeden Tag »hart«. Tatsächlich ist das Vermögen geerbt, das vornehmlich ihr Großvater Günther Quandt ansammelte. Er stieg mit der Produktion von Uniformen im ersten Weltkrieg zum Großindustriellen auf. Im zweiten Weltkrieg stieg er in die Rüstungsproduktion ein, profitierte von der Arisierung jüdischen Besitzes. Er wurde zum Wehrwirtschaftsführer ernannt. In seinen Fabriken schufteten Zwangsarbeiter in großer Zahl, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Um das Vermögen von Susanne Klatten aufzubauen, müsste ein Bandarbeiter bei BMW etwa 640.000 Jahre arbeiten, ohne etwas auszugeben.

Auch der reichste Deutsche, Klaus-Michael Kühne, erbte sein geschätztes Vermögen von 37 Milliarden Euro. Sein Vater Alfred und Onkel Werner Kühne drängten 1933 den jüdischen Teilhaber Adolf Maas aus dem Unternehmen. 1945 starb Maas in Auschwitz. In den 1940ern verdiente Kühn+Nagel am Transport von »Judengut«. So nannten die Nazis den geraubten Besitz der deportierten Jüdinnen und Juden. Ein Staplerfahrer bei Kühne müsste rund 1.300.000 Jahre dafür arbeiten.

Nehmen wir Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und Kaufland, mit weltweit fast 500.000 Beschäftigten. Er erbte die väterliche Ladenkette. In den 1970er Jahren kopierten Vater und Sohn das Discounter-Modell von Aldi. Mit seinem Geld kaufte sich der zweitreichste Deutsche seine Heimatstadt Heilbronn: Kitas, Kirchen, Hochschulen – alle sind von ihm abhängig. Ein Kassierer in seinen Läden müsste etwa ebenso lange arbeiten wie der Staplerfahrer bei Kühne.

Diese drei Beispiele sind typisch für das erlangte Vermögen der Superreichen: Ein geerbtes Vermögen, dessen Zustandekommen auf Ausbeutung beruht. Dazu kommen umfangreiche Förderung durch den Staat und eine geringe Steuerlast. Die tatsächlich geleistete Steuerlast der Superreichen hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird jedes Jahr größer. Man sollte meinen, dass der Sozialstaat unter einer SPD-geführten Regierung oder unter SPD-Regierungsbeteiligung an einer Umverteilung arbeitet. Das Gegenteil ist der Fall: In der Bundesrepublik ist seit 1990 eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben in Gang gesetzt. ■

Günter Hameister





Superreich

Bei Superreichen kann man nicht mehr sinnvoll von Einkommen sprechen.

Sehr reich

Ein Vorstandsmitglied eines DAX-Konzerns verdient laut Deutscher Schutzvereinigung für Wertpapier (DSW) rund 3 Millionen Euro, ein DAX-Vorstandsvorsitzender auch mehr als das Doppelte.

Reich

Als einkommensreich gilt, wer monatlich das Doppelte des Medianeinkommens erzielt:

Brutto: 87.500 Euro/Jahr
Netto: 52.000 Euro/Jahr

Medianeinkommen

Das Medianeinkommen ist das Einkommen, das genau in der Mitte aller Einkommensbezieher:innen liegt:

Brutto: 43.750 Euro/Jahr
Netto: 28.600 Euro/Jahr

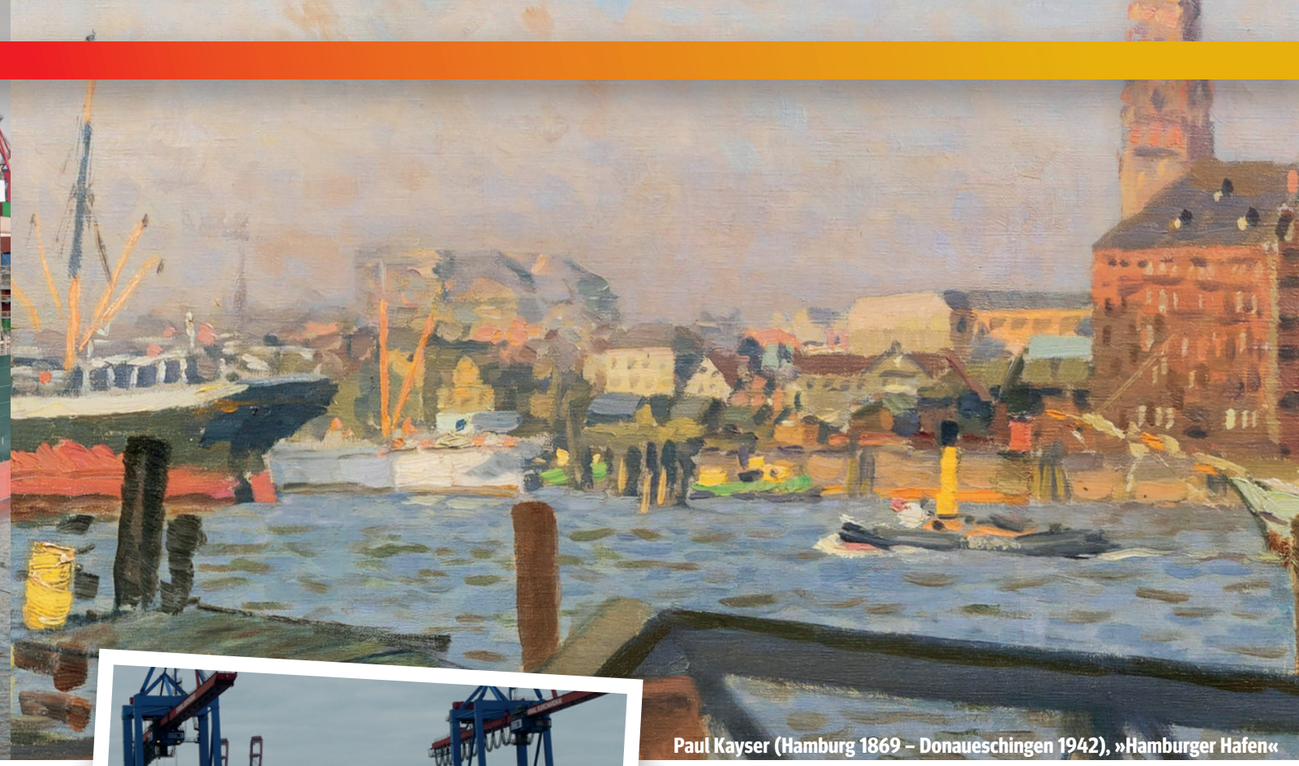
Armutsgefährdet

Als einkommensarm bezeichnet man Personen, die maximal 60 Prozent des Medianeinkommens erhalten. Laut Stepstone-Gehaltsreport liegt das bei:

Brutto: 26.200 Euro/Jahr | Netto: 18.700 Euro/Jahr



MIT ZAMPEL UND KAFFETENG



Paul Kayser (Hamburg 1869 – Donaueschingen 1942), »Hamburger Hafen«

»Un denn nehm ik mien Zampel un den Kaffeteng«. Für die Hafenarbeiter gehörte bis in die 60er Jahre neben der Thermoskanne ein Zampel zu den unverzichtbaren Ausrüstungsgegenständen. Dabei handelt es sich um einen Beutel aus Sackleinen oder Segeltuch, den man über der Schulter trug und in dem Werkzeug und Proviant verstaut wurden.

Hafenrundfahrt der IG Metall-Senior:innen



Der HHLA Container Terminal Burchardkai (CTB) im Waltershofer Hafen. 1968 machte das erste Containerschiff fest, heute sind es die gigantischen Containerschiffe der neuesten Generation.
www.hafen-hamburg.de

Die Ausfahrt der IG Metall-Senior:innen begann mit einer Hafenrundfahrt. Ziel war das Hafenmuseum am ehemaligen Schuppen 50 A. Unter der professionellen Führung von Holger Mahler, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der Hamburger Werft HDW, tauchten wir ab in die Vergangenheit der Werft- und Hafenarbeit. Von Kaffeesäcke im Schuppen stapeln bis zur Arbeit mit dem Niethammer auf den Werften, es war körperlich äußerst schwere Arbeit.

> Bis zu Beginn der 50er Jahre wurde die Handelsware vorwiegend als Stückgut über die Weltmeere transportiert.

Auffällig auf allen alten Fotos: Man sieht nur kräftige und schlanke Männer. Bei der harten Arbeit konnte sich kein Bauchspeck bilden. Wir dagegen machten erst mal »Fofftein«, wie die Pausen im Hafenjargon genannt werden, und versorgten unsere Rundungen. Anders als heute war die Arbeit im Hafen und auf den Werften reine Männerarbeit. Bis zu Beginn der 50er Jahre wurde die Handelsware vorwiegend als Stückgut über die Weltmeere transportiert. Entsprechend groß war der Arbeitskräftebedarf beim Hafenumschlag.

> Schiffbau spielt in Hamburg nur noch eine marginale Rolle.

Ähnlich auf den ehemals vier Großwerften mit zusammen rund 20.000 Beschäftigten. Mit dem Einzug des Containers und zahlreicher Ladetechnik wird heute nur noch ein Bruchteil an Arbeitskräften benötigt. Von den einst vier Großwerften existiert nur noch stark geschrumpft »Blohm+Voss« und die Norderwerft. Schiffbau spielt in Hamburg nur noch eine marginale Rolle. Die Veränderungen in der Seeschifffahrt werden im Hamburger Hafenmuseum ebenfalls eindrucksvoll dokumentiert.

Der Hamburger Hafen unterlag über die Jahrzehnte ständigen Veränderungen. Die Speicherstadt hat für den Hafenumschlag heute keine Bedeutung mehr. In ihr haben sich Kultur und Kommerz breitgemacht. Daneben entstand die Hafen-City. Hafenbecken wurden zugeschüttet und neu bebaut. Der Warenumschlag findet heute vorrangig an vier Container-Terminals statt. Aktuell gibt es eine kontroverse Debatte in Hamburg über den Einstieg der weltgrößten Reederei MSC bei der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) und die zukünftige Hafenentwicklung. ■

Heinrich Dannenberg

VERHANDELN IST BESSER ALS SCHIESSEN

Olaf Scholz vereinbarte im Sommer in einer »Gemeinsamen Erklärung« mit den USA, dass in der Bundesrepublik »weitreichende Waffensysteme« der USA, gegen Russland gerichtet, stationiert werden sollen.

Olaf Scholz verkündete die beabsichtigte Stationierung, ohne dass irgendein weiteres Verfassungsorgan einbezogen wurde. Selbst in der Bundesregierung war über die »Gemeinsame Erklärung« nicht beraten worden. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Rolf Mützenich, befürchtet zu Recht: »Die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation ist beträchtlich«. Mützenich fragt auch, »warum allein Deutschland derartige Systeme stationieren soll«. Unter »Lastenverteilung« in der Nato stelle er sich etwas anderes vor. Die Antwort ist, dass es sich gar nicht um eine Last der NATO handelt, denn die hat keine Stationierung beschlossen. Durch eine solche Stationierung würde Deutschland im Ernstfall vermutlich der zentrale Kriegsschauplatz sein.

> »Die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation ist beträchtlich«
>
> **Rolf Mützenich,** Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag

Am Rande eines NATO-Gipfels im Dezember 1979 wurde die Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik, gerichtet gegen die damalige Sowjetunion, verkündet. Ein Unterschied springt ins Auge: Damals wurde behauptet, die Stationierung sei gar nicht das Eigentliche. Vielmehr wolle man die Sowjetunion zu Verhandlungen über das wechselseitige Bedrohungspotenzial drängen. Deshalb war von einem »Doppelbeschluss« der NATO die Rede: Stationierung plus Verhandlungsangebot. Heute hingegen wird das Ansinnen mit Russland zu verhandeln, vehement zurückgewiesen. »Verhandeln ist besser als schießen« war Konsens bei der damals regierenden SPD.

Am 10. Oktober 1981 kam es im Bonner Hofgarten zur bisher größten Friedensdemonstration mit 300.000 Teilnehmenden. Veranstalter waren zwei christliche Organisationen, »Aktion Sühnezeichen« und »Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden«. Ihnen schlossen sich 190 Organisationen an. Hauptredner war Erhard Eppler, Präsidiumsmitglied der SPD. Weitere Redner:innen waren u.a. Petra Kelly von den Grünen, Georg Benz damals geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Schriftsteller wie Heinrich Böll. Die Kritik an den Friedensaktivisten zeigt Parallelen zu heute auf. Von »gelungener russischer Verführung« war die Rede. Von »Putin-Verstehern« spricht man heute.

Am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den ermordeten schwedischen Premier Olof Palme, im März 1986, kommt es zu einer Begegnung zwischen Helmut Kohl und Erich Honecker. In einer gemeinsamen Erklärung betonen beide, »dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen« dürfe. Das wird als Absage an jede dadurch ausgelöste Kriegshandlung gewertet. Auf die Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik reagiert die Sowjetunion mit der Stationierung von Kurzstreckenraketen der Typen SS-4 und SS-5 im Süden ihres Landes. Damit bestand die Gefahr, dass beide deutsche Staaten zum nuklearen Gefechtsfeld und in Teilen oder ganz ausgelöscht werden könnten. Der Zweck des Aufbaus eines maximalen Bedrohungspotentials wurde in Zweifel gezogen. Es war davon auszugehen, dass Kohl und Honecker damals auch in ihren Militärallianzen darauf bedacht waren, durch den Abzug der Raketen zu deeskalieren. Der im Dezember 1987 zwischen Washington und Moskau geschlossene INF-Vertrag bewirkte genau das.

Von einer außerparlamentarischen Friedensbewegung ist gegenwärtig nichts zu sehen. In der SPD erheben sich nur wenig mahnende Stimmen. Bei den Grünen, einst nicht wegzudenkender Bestandteil der Friedensbewegung, ist keine Stimme gegen die Eskalationsspirale vernehmbar. Auch aus den Gewerkschaften ist angesichts des Krieges in der Ukraine keine eindeutige Positionierung zu erkennen. Dabei wäre es so wichtig, denn ohne Frieden ist alles andere bedeutungslos. ■

Günter Hameister



Die Zeit drängt

Jedes Jahr rund 60 Milliarden Euro, umgerechnet in etwa 1,4 Prozent des BIP: so viel muss der deutsche Staat in den nächsten zehn Jahren zusätzlich allein in öffentliche Infrastruktur investieren. Das fordert die IG Metall in ihrem 11-Punkte-Programm für ein modernes, innovatives und gerechtes Industrieland. Das ist nur ein Aspekt in einer Reihe konkreter Vorschläge. ■

11-PUNKTE-PROGRAMM
FÜR EIN MODERNES, INNOVATIVES UND GERECHTES INDUSTRIELAND

1. Wir müssen die Zukunft der Industrie sichern – entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Hier werden die klimafreundlichen Produkte und Verfahren von morgen entwickelt.

2. Die Arbeitgeber müssen sich zu unseren Standorten bekennen. Darum: Investieren. Hier. Schluss mit Arbeitsplatzabbau, Standortschließungen und Verlagerungen!

3. Jedes Jahr rund 60 Milliarden Euro, umgerechnet in etwa 1,4 Prozent des BIP: So viel muss der deutsche Staat in den nächsten zehn Jahren zusätzlich allein in öffentliche Infrastrukturen investieren.

4. Schluss mit Sparpolitik und Haushalts-Hick-Hack! Die Schuldenbremse muss reformiert werden. Und wir fordern ein gerechtes Steuersystem, das auch Spitzenverdiener*innen, Kapitaleinkommen und Vermögen fair besteuert.

5. Öffentliche Förderungen an Bedingungen knüpfen! Steuergeld nur gegen Tarifbindung, Standort- und Beschäftigungssicherung, Weiterbildung und Ausbildungsplätze! Wir brauchen europäische Vorschriften für höhere regionale Wertschöpfungsanteile.

6. Unternehmen und Politik müssen die Mobilitätswende massiv beschleunigen. Schluss mit den Debatten um Ausstiegsdaten und Grenzwerte! Ein Zick-Zack-Kurs gefährdet nur Arbeitsplätze.

7. Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen, die Produktion von Wasserstoff konsequent vorantreiben und energieintensive Betriebe im Übergang stärker entlasten – durch einen gedeckelten Industriestrompreis.

8. Wer Fachkräfte gewinnen will, muss gute Arbeitsbedingungen bieten. Unsere Antworten: Tarifverträge, Aus- und Weiterbildung, Gleichstellung von Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte.

9. Wir wollen nicht, dass Menschen der Arbeit hinterherziehen müssen. Wir kämpfen für eine Zukunft für alle Regionen in Deutschland.

10. Weniger Bürokratie – gern! Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren – natürlich! Aber Finger weg von Arbeitszeiten und Lieferkettengesetz.

11. Die IG Metall wird weder die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren noch ein Moratorium für neue Sozialleistungen akzeptieren. Der Sozialstaat ist Stabilitätsanker und Brückenbauer – kein lästiger Kostenfaktor.

Das gesamte Programm ist nachzulesen unter:
https://www.igmetall.de/download/20240515_11_Punkte_.pdf

MELDUNGEN II

Weil du arm bist, musst du früher sterben

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat erneut festgestellt, dass der Satz aus dem Volksmund »Weil du arm bist, musst du früher sterben« richtig ist. Reiche Rentner:innen leben deutlich länger als Arme. Dadurch ist die Rendite für die Gruppe der länger Lebenden in Bezug zu den Beiträgen deutlich größer. Grund dafür ist, dass bei der Berechnung der Rente die jeweilige zu erwartende Rentenbezugszeit der verschiedenen Einkommensgruppen nicht berücksichtigt wird. Das könnte geändert werden, indem die Gruppe mit der zu erwarteten niedrigen Lebenszeit schon früher abschlagsfrei in Rente gehen kann. Dabei ist wichtig zu wissen, dass es sich bei dieser Einkommensgruppe um die der Durchschnittsverdienenden handelt. Möglich wäre auch eine höhere Rente für diese Gruppe. Auch die Rechtsprechung muss sich in diesem Zusammenhang ändern. Denn die jetzige Berechnung ist eine der großen Ungerechtigkeiten im Rentensystem. Als Senioren-Echo berichteten wir bereits vor fünf Jahren über dieses Thema.

Falsche Prioritäten

Vor einigen Wochen beklagte der Einzelhandelsverband für das Jahr 2023 einen Schaden in Höhe von 4,1 Milliarden Euro durch Ladendiebstähle. Diese Meldung erzeugte ein breites Medienecho und sorgte mehrere Tage für Gesprächsstoff. Zeitgleich veröffentlichte die Hans-Böckler-Stiftung eine Studie über Steuerhinterziehung bzw. Steuervermeidung durch fragwürdige Nutzung von Steuerschlupflöchern. Das Ergebnis der Studie: Die Summe der dadurch dem Fiskus entgangenen Einnahmen beträgt jährlich über 100 Milliarden Euro. Diese Meldung fand in den Medien jedoch kaum Widerhall. Diese Erkenntnis ist offensichtlich auch der haushaltsstreitenden Bundesregierung verborgen geblieben. Oder sie ist bei dem Bemühen im großen Stil gegen Steuerhinterziehung vorzugehen genauso aktiv, wie bei der Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer für große Vermögen.

Fakten? Wie ungeil.



Die Diskussionen um das Bürgergeld reißen nicht ab. Fraktionschef Dürr von der FDP fordert eine Kürzung von 14 bis 20 Euro. CDU-Chef Merz bläst ins gleiche Horn. Die AFD hat ohnehin gegen das Bürgergeld gestimmt. So formt sich eine Allianz gegen die Ärmsten und Schwächsten. Die Bundesregierung verschärft Sanktionen gegen Arbeitsunwillige. Das sind zwar verschwindend wenige, ist aber Symbolpolitik. Und immer wieder die Mär, Bürgergeldempfänger:innen erhielten mehr Geld als viele arbeitende Menschen. Diese Behauptung ist schon zigmal widerlegt, aber Fakten sind so ungeil, wenn es doch um Stimmungsmache geht.

Spruch: Wir Frauen wollten mehr Rechte, von Nazis war jedoch keine Rede!

Eure Meinung ist uns wichtig!

Wir freuen uns auf eure:

- Anregungen
- Vorschläge
- Kritik

Sendet diese bitte an:

E-Mail: igm.senioren-echo@gmx.de

Brief: IG Metall Region Hamburg
z.H. Kristin Schultz
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Termine:

Arbeitskreise Senioren:

Bergedorf:	5. November, 3. Dezember
Hamburg:	27. November
Stade:	13. November, 11. Dezember

Wohnbereiche:

Altona:	erst wieder in 2025
Bargteheide-Ahrensburg:	25. November
Stade:	jeden Donnerstag von 17:00 – 19:00 Uhr

Weitere Infos zu den Sitzungen (Ort, Uhrzeit, etc.) **erhaltet ihr über die Geschäftsstelle:**

annabel.sophie.reich@igmetall.de

Impressum: IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzende: Christiane Benner
V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: Ina Morgenroth, IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
Redaktion: Günter Hameister, Heinrich Dannenberg, Gunter Drewes, Bernd Hahmeyer, Erik Merks, Heinz-Dieter Wenck
Anschrift der Redaktion: SENIOREN-ECHO c/o IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Telefon 040 284086-234
Kontakte: igm.senioren-echo@gmx.de Gestaltung: drucktechnik-altona.de/Peter Bisping/Jana Knaak. Druck: Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG, Kassel